HEIDELBERGER BÜNDNIS GEGEN ARMUT UND AUSGRENZUNG

Offener Brief an den Oberbürgermeister und die StadträtInnen

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Würzner, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,

wir, das Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung, ein Zusammenschluss von mehr als 50 sozialen Organisationen aus Heidelberg, wenden uns heute in einem offenen Brief an Sie, um unsere Besorgnis über die geplanten Kürzungen im Bereich Soziales in unserer Stadt zum Ausdruck zu bringen. In einer Zeit, in der soziale Herausforderungen wie Armut, Obdachlosigkeit und psychische Erkrankungen zunehmen, ist es von größter Bedeutung, dass wir als Gesellschaft zusammenstehen und die notwendigen Ressourcen bereitstellen, um den bedürftigen Bürgerinnen und Bürgern zu helfen.

Nahezu alle sozialen Einrichtungen in Heidelberg sind auf Zuwendungen der Kommune angewiesen: Seniorenzentren, Sozialberatungen, Schuldnerberatungen, Angebote für Menschen mit Behinderung, Angebote für geflüchtete Menschen, Angebote für Queere Menschen, Stadtteilzentren, Jugendhäuser, Schulsozialarbeit, u.v.m. Die sozialen Einrichtungen und Programme in Heidelberg leisten unverzichtbare Arbeit. Sie bieten nicht nur Unterstützung für Menschen in Not, sondern fördern den sozialen Zusammenhalt und wirken der fortschreitenden Spaltung unserer Gesellschaft entgegen. Durch weitere Kürzungen sind im Besonderen Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende, RentnerInnen, Menschen mit Behinderung, Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, psychisch Kranke, Suchtkranke, Wohnungs- und Obdachlose Menschen und nicht zuletzt die im sozialen Bereich tätigen Angestellten, existenziell betroffen.

Im Zuge der Coronapandemie und im Zusammenhang mit der unsicheren geopolitischen Lage haben psychische Erkrankungen und allgemein das Aggressionspotential gerade bei Kindern und Jugendlichen stark zugenommen. Eine Lehrerin an einer Heidelberger Schule beschreibt das Problem wie folgt: „Kinder, Eltern und Lehrer brauchen Unterstützung von Seiten der Jugendhilfe mehr denn je! Wenn ich darüber nachdenke, dass es Kürzungen beim Kinderschutzzentrum, der Schulsozialarbeit, beim Psychologischen Zentrum, den Erziehungsberatungsstellen gibt, macht sich eine große Verzweiflung in mir breit.“ Eine Klientin der Sozialberatung beantwortete die Frage was wäre, wenn die von ihr genutzte Einrichtung nicht mehr existiere: „Ich wäre verloren. Hätte ich keine Hilfe bei behördlichen Angelegenheiten würde alles zusammenbrechen. Wenn man nicht mehr weiter weiß kann man hier hinkommen.“ Viele Anlauf- und Beratungsstellen kennen solche oder ähnliche Aussagen.

Bis heute fehlen vielen sozialen Organisationen feste Zusagen für weitere Unterstützung, in einigen Einrichtungen wird ohne gültigen Vertrag gearbeitet. Dies zeugt nicht von wertschätzendem Umgang der Stadt mit den Trägern. Es führt zu großer Unsicherheit bei den Beschäftigten und beeinträchtigt die soziale Arbeit massiv. Schon in den beiden vergangen Jahren lagen die Tarifsteigerungen über der in allen Verträgen festgeschriebenen Dynamisierung (jährliche Steigerung der Zuwendung um 2,5%) und haben sich so als versteckte Kürzungen der Förderungen bemerkbar gemacht. Für die Trägerorganisationen stellt dieser Umstand eine große finanzielle Belastung dar, da die Umsetzung der Tariferhöhungen nicht mehr ausgeglichen werden können. De facto leiden die sozialen Organisationen also schon seit zwei Jahren unter realen Kürzungen. Dieser Umstand stößt bei den

langjährigen Kooperationspartnern der Stadt auf Unverständnis und birgt das Risiko eines massiven Rückbaus sozialer Dienstleistungen in Heidelberg.

Eine starke soziale Infrastruktur trägt zur Stabilität und zum Wohlstand aller bei. Soziale Einrichtungen sorgen dafür, dass Menschen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und Steuern zahlen anstatt Leistungen zu empfangen, dass Kinder und Jugendliche nicht auf die „schiefe Bahn" geraten, sondern aktive Mitglieder der Stadtgesellschaft werden, dass gute Bildungsarbeit - als beste Voraussetzung, Arbeitslosigkeit und Altersarmut zu verhindern – bei möglichst vielen SchülerInnen ankommt, dass ältere BürgerInnen Treffpunkte und Beratung im eigenen Wohnumfeld vorfinden, dass Haftentlassene eine echte zweite Chance erhalten und wohnungslose Familien nicht ins Bodenlose abrutschen, dass Minderheiten eine Lobby haben und nicht ausgegrenzt werden, dass kranke und pflegebedürftige Personen würdevoll begleitet werden und Menschen mit Behinderung adäquate Unterstützung und barrierefreier Zugang zuteilwerden, dass den am Rande der Gesellschaft stehenden Menschen Teilhabe ermöglicht wird und somit eine gesunde und prosperierende Stadtgesellschaft aufrecht erhalten bleibt. Dieses Ziel der Erhaltung der sozialen Infrastruktur in Heidelberg ist auch vor dem Hintergrund der jüngsten politischen Entwicklungen, der Aufweichung der Schuldenbremse für Kommunen und dem Infrastrukturpaket, erreichbar. Wir appellieren an Sie, die bestehenden Strukturen nicht zu zerschlagen, auch wenn die Gelder erst zu einem späteren Zeitpunkt zufließen, denn ein Neuaufbau von Angeboten ist immer kostspieliger als der Erhalt bewährter Angebote.

Wir bitten Sie daher eindringlich, die im Haushaltsentwurf geplanten Kürzungen im sozialen Bereich zu verwerfen und stattdessen nach Wegen zu suchen, wie wir die Unterstützung für unsere sozialen Einrichtungen und Programme ausbauen können. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Heidelberg ein Ort bleibt, an dem Solidarität und Menschlichkeit großgeschrieben werden, denn Investitionen in soziale Infrastruktur sind nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch eine kluge Entscheidung für die Zukunft unserer Stadt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Wir bitten Sie unsere Argumente zu berücksichtigen und sie bei Ihrer Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen,

ihr Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung